

Nur für den Straßenverkauf.

Sonder-Ausgabe.

General-Anzeiger

Elberfeld

Hauptgeschäftsstelle u. Schriftleitung W. Rathenaustr. 50
..... Fernsprecher Nr. 7000-7007.

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt - Bergische Nachrichten)

Barmen

Hauptgeschäftsstelle und Schriftleitung Reuterweg 57
..... Fernsprecher Nr. 714 und Nr. 4997.

Beilagen: Westdeutsche Illustrierte Zeitung - Das Technische Blatt - Westdeutsche Sport-Zeitung - Für unsere Frauen - Haus, Hof und Garten.

Einziges Montags-Sportblatt im Bergischen Lande.

Einzelpreis 15 Pf.

Montag den 29. März 1926

Einzelpreis 15 Pf.

Erleichterung der deutschen Luftfahrt?

Optimistische Berichte aus Paris über den baldigen Ausgang der Luftfahrtverhandlungen.

Paris, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Man hofft nunmehr, die deutsch-französischen Luftfahrtverhandlungen in den nächsten Tagen zum Abschluss zu bringen. Ein bestimmter Termin kann augenblicklich dafür noch nicht angegeben werden, doch rechnet man damit, vor Oftern fertig zu sein.

28. März. (Drahtb.) über den Stand der Pariser Luftfahrtverhandlungen erzählt die „Germânia“ aus Paris einen längeren Drahtbericht, der die Mitteilungen unserer Pariser Korrespondenten ergänzt und noch Informationen aus Berliner Stellen im wesentlichen zurechtlegt. Der Bericht lautet u. a.: Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen über den deutschen Luftverkehr noch vor Oftern ihren Abschluss finden können. In formaler Hinsicht dürfte dies in der Form geschehen, daß die Konferenzteilnehmer sich mit einer Vorparaphierung der Ergebnisse begnügen und die Entscheidung den einzelnen Regierungen überlassen. Das Ziel der deutschen Wünsche war in erster Linie, die Begriffsbestimmungen zu beseitigen, die die Rolle der Luftfahrt-Konferenz vom Jahre 1921 über das deutsche Luftverkehrsrecht gegeben hatte. Es kann gesagt werden, daß es bei den jetzigen Verhandlungen gelungen ist, diese Begriffsbestimmungen mit ihren, die deutsche Luftfahrt beschränkenden Maßnahmen im wesentlichen zu beseitigen. An ihre Stelle treten einige Regeln, die die Bestimmungen des Vertrags von Versailles sicherstellen sollen. Es scheint nun, daß es gelungen ist, sich auf eine Formel zu einigen, die den ältesten Nationen das Recht gewährt und auf der anderen Seite die Entwicklung des normalen Flugverkehrs in Deutschland nicht beeinträchtigt. Der ursprüngliche Gedanke, aktive Militärpersonen vom Flugverkehr fernzuhalten, ist in dieser Form fallen gelassen. Soweit Einschränkungen im Bau von Luftfahrzeugen und Luftschiffen überhaupt noch in Frage kommen, dürften sie sich beschränken auf die Herstellung gewisser Jagdflugzeuge, sogenannte Rennmaschinen mit ungewöhnlich starken Motoren. Der Bau von Luftschiffen dürfte ganz freigegeben werden. Das die staatliche Unterstützung des deutschen Luftverkehrs wachst, so dürfte ein Überkommen dahin getroffen werden, daß die deutsche Regierung ihre Unterstützung auf solche Unternehmen beschränkt, die ausschließlich kommerziellen Zwecken dienen.

Nach Abschluss des Abkommens, das dem deutschen Luftverkehr prinzipiell die Freiheit wieder gewährt, dürften die Sonderverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zur Gewährung eines gegenseitigen Überflugsrechts keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr bieten. Prinzipielle Einigung besteht bereits über die Herstellung einer Flugzeugverbindung Paris-Rhein-Berlin. Von nicht geringerer Wichtigkeit ist jedoch für Frankreich die Organisation des bereits bestehenden französischen Flugdienstes, der Paris mit den Hauptstädten der kleinen Entente verbindet. Hier muß Frankreich große Strecken deutschen Gebiets überfliegen, dem sich Deutschland bisher widersetzt hat. Deutschland ist nun bereit, dieses Überfliegen formell zu gestatten, falls die französische Regierung ihrerseits Deutschland das Recht einräumt, eine Flugzeugverbindung nach Spanien einzurichten, die über Genf und dann über französisches Gebiet führen soll. Hier liegen noch größere Schwierigkeiten, aber auch in dieser Hinsicht besteht Hoffnung, daß auch diese Frage im Prinzip im positiven Sinne gelöst wird.

München - Berlin in 3 1/2 Stunden.

28. März. (Drahtb.) Sonntag mittags landete von München kommend, auf dem Flughafen der Deutschen Luftfahrt in Stöcken das neue Luftschiff „Kondor“, das in dem am 8. April beginnenden regelmäßigen Flugverkehr von der Luftkassa auf den internationalen Strecken eingesetzt wird. Die mit vier luftgekühlten Siemensmotoren ausgerüstete Maschine bietet neben zwei Führern und einem Wärter Raum für 11 Passagiere. Die Strecke München-Berlin wurde von ihm unter Führung des Piloten Rother mit Flugkassen an Bord in nur 3 Stunden und 15 Minuten zurückgelegt.

Er soll das Ziel seiner Politik erreichen.

London, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Westminster“ wird

der englische Botschafter in Berlin Lord D'Abernon bis auf weiteres auf seinem Posten bleiben, wenigstens bis zur Herbstsession des Völkerbundes, das heißt bis zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die Einladung zur Vorberatung der Ratfrage.

Berlin, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalsekretär des Völkerbundes hat Reichsaussenminister Stresemann den Wortlaut des Beschlusses des Völkerbundes über die Einsetzung der Studienkommission für die Frage der Ratweiterung mit dem Ersuchen mitgeteilt, den deutschen Vertreter zu benennen, der an der am 10. Mai in Genf zusammentretenden Kommission teilnimmt. In der Mitteilung wird nicht gesagt, in welcher Eigenschaft und mit welchen Berechtigungen der deutsche Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen soll.

Spaniens Stellung zum Völkerbund.

28. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf Einladung Ribbons (Provinz Guayaquil) hat Außenminister Pangas hier eine von der Öffentlichkeit mit großer Spannung erwartete Programmsitzung über die Stellung Spaniens zum Völkerbund gehalten. Insbesondere ging er auf die Lage ein, wie sie sich nach der Genfer Tagung darstellt. Er erwähnte die Studienkommission, welche die Frage der Reform des Völkerbundes zu prüfen hat, und erklärte, die Haltung Frankreichs sei durch die Rede Briand in der Deputiertenkammer und diejenige Englands durch die letzte Unterhausrede Chamberlains vorgezeichnet. Chamberlain habe zwar den Widerstand der englischen Öffentlichkeit gegen jede Ratweiterung als grundlegende Tatsache hervorgehoben, aber gleichzeitig anerkannt, daß Spanien sich in einer besonderen Lage befinde und eine Ausnahmebehandlung erwarten dürfe. Italien habe während und nach der Verammlung die freundschaftlichen Gefühle für Spanien betont und so entsprechend den ausgezeichneten Beziehungen zwischen den beiden Ländern gehandelt. Japan habe erklärt, es sei, wie schon 1921, bereit, für Spanien zu stimmen. Auch der deutsche Außenminister habe im Reichstag die Berechtigung der spanischen Forderungen anerkannt und der ritterlichen Haltung Spaniens während der Tagung Anerkennung gezollt. Die Beweise von Achtung und Sympathie, die Spanien von verschiedenen Mächten empfangen, stellten in der Gesamtheit einen Beweis dar für das Vertrauen, dessen sich Spanien dank der Stellung als unparteiisches Land überall erfreue. Die Anwendung des Paktes von Locarno werde die Anwesenheit neutral und europäischer Elemente im Völkerbundrat erforderlich. Bei einem Streikfall zwischen den Völkerbundmächten komme es auf die Vermittlung der Neutralen an, da die am Streik Beteiligten nicht an den Abmachungen des Rates teilnehmen. Dem unabhängigen Mitglied werde in einem solchen Fall nicht die Autorität zur Seite stehen wie einem ständigen Mitglied, das zur wirksamen Erfüllung der Friedensaufgaben die notwendige gesicherte Stellung innehat. Es entspreche der unabhängigen und unparteiischen Stellung Spaniens und den Interessen aller beteiligten Mächte, das der Völkerbundrat sich zu einem Organismus entwickle, der das Projekt von Locarno Wirklichkeit werden lasse. Pangas erklärte zum Schluß: Auch außerhalb der Völkerbundpolitik wird Spanien sich bemühen, die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern enger zu knüpfen.

Die Abrüstung hat noch gute Weile.

Das Reich hat bereits auf weitere Verzögerung der Abrüstungskonferenz vor.

Washington, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Weißen Hause erklärt man, daß mit einer neuen Verschiebung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die am 18. Mai in Genf eröffnet werden sollte, gerechnet werden müsse, da zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Italiens und Japans noch schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten beständen. Diese Länder verträten im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten

den Standpunkt, daß die Abrüstung zu Lande gleichzeitig mit der Abrüstung zur See behandelt werden müsse. Dieser Standpunkt sei seinerzeit insbesondere vom Präsidenten Coolidge bekämpft worden. In Kreisen des Weißen Hauses erklärte man sogar, daß man nicht vor zwei Jahren (!) mit einer befriedigenden Lösung des Abrüstungsproblems rechnen könne.

28. März. (Eigener Drahtbericht.) In sehr maßgebenden politischen Kreisen rechnet man immer bestimmter mit der Möglichkeit einer nochmaligen Verzögerung der Genfer Entwaffnungs-Konferenz. Ob die Initiative hierzu lediglich von Paris ausgehen soll, ist noch nicht ganz klar ersichtlich. Jedenfalls ist deswegen ein ziemlich lebhafter Meinungswechsel zwischen den Kabinetten der Alliierten im

Gange. Frankreich sucht die Notwendigkeit der Verzögerung damit zu begründen, daß es infolge seiner innerpolitischen und finanziellen Schwierigkeiten nicht in der Lage sei, die Entwaffnungskonferenz genügend diplomatisch vorzubereiten (!!).

Man erfindet lieber Luftbomben.

London, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Sunday Express“ haben amerikanische Militärachverständige eine neue Luftbombe erfunden, deren Gewicht zwei Tonnen und deren Länge 14 Fuß betragen soll. Die Bombe wäre imstande, einen Trichter von 100 Fuß Durchmesser aufzureißen. Sie wäre mit einem giftigen, geruchlosen Gas gefüllt, das im weiten Umkreise alle Menschen tödlich machen würde.

Oesterreichs und Deutschlands gemeinsamer Weg.

Erstgespräche des Reichskanzlers Luthers und des Bundeskanzlers Ramek.

28. März. (Drahtb.) Reichskanzler Luther gab am Sonntagabend zu Ehren des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek ein Essen, an dem die Reichsminister Stresemann, Stinagl, Cohnlein, Marx, Brauns und Reinhold teilnahmen. Von österreichischer Seite waren neben Bundeskanzler Ramek und dem österreichischen Botschafter in Wien noch General Juntar, Generalsekretär Peter, die Sektionschefs Schäfer und Horitz, mehrere andere Herren des österreichischen Hofes und der österreichischen Botschaft sowie der Reichsministerpräsident Schaub, preussischer Kultusminister Beder, Gesandter von Heller, die Staatssekretäre von Schaubert, Kemmer und Weigner und verschiedene Mitglieder des Reichsrates.

Im Verlaufe des Essens hielt

Reichskanzler Luther

folgende Ansprache: Herr Bundeskanzler! Lassen Sie mich mit einigen Worten den Gedanken ausdrücken, den Sie alle in diesen Tagen befehlen, in denen Sie als Vertreter des uns so herzlich befreundeten Nachbarstaates bei uns weilen. Wie immer, wenn Vertreter der beiden Staaten in größeren Zusammenkünften zusammenkommen, werden in uns die großen gemeinsamen Erinnerungen und die gegenseitige Freundschaft lebendig. Wir gedenken besonders der letzten wechselvollen kulturellen Strömung, die seit alter Zeit verbindend und befruchtend zwischen den beiden Staaten geschlossen sind. Wir gedenken in Deutschland eines der fruchtbarsten Ausgangspunkte deutscher Kultur. Wie sich aus literarischem und künstlerischem Gebiete die schöpferischen Kräfte Österreichs und des Reiches gegenseitig fördernd ergänzen, so ist es auch auf dem Gebiete der Wissenschaft und des praktischen Lebens. Ich darf insbesondere an den großen Gedanken der Reichsanweisung erinnern, die Handel und Wandel in den beiden Staaten möglichst unter die gleiche rechtliche Norm stellen will. Bei alledem wird es uns zur größten und feinsten Gewissheit, daß unsere geistige Einheit ein unverlierbares Gut ist, was auch immer die politische Entwicklung der Staaten sonst bringen mag.

Zeit vor zwei Jahren, mein Herr Vorgänger, der Reichsminister des Äußeren, in Wien empfangen wurde, daß sich für Ihr Land wie für das unsere, die allgemeine Lage zweifellos gebessert, doch auch heute noch bedrängt und haben wir drüben wirtschaftliche Not und stellt höchste Anforderungen an das vaterländische Pflichtgefühl aller Volksteile. Allmählich hat auch in Europa nach den starken Gegenständen der Kriegszeit die Erkenntnis der Notwendigkeit verständnisvoller Zusammenarbeit an Boden gewonnen. Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Entwicklung fortgeschritten, wenn sie auch langsamer sich vollziehen mag, als wir es wünschen. Sie wird zum Heile sowohl Österreichs wie des Reiches dienen, und ich bin gewiss, daß sich unsere beiden Länder dabei stets in gemeinsamer Front befinden werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, die besten und herzlichsten Wünsche des Reiches für Österreich entgegenzunehmen. Ich erbeue mein Glas und trinke auf Ihr Wohl, Herr Bundeskanzler.

Darauf erwiderte

Bundeskanzler Ramek:

Herr Reichskanzler! Ich danke Ihnen von Herzen für die freundlichen Worte der Begrüßung, die Sie an mich zu richten die Güte hatten, und für all die Liebenswürdigkeit, die mir hier in der lebenskräftigen Hauptstadt des großen Deutschen Reiches in so überaus freundlicher Weise angedeutet wird. Wenn mir weiter

zurückdenken, und wenn wir mit dieser Erinnerung die heutige Situation unserer beiden Staaten vergleichen, dann glaube ich, dürfen wir wohl, den zurückgelegten Weg überblickend, eine gewisse Genugtuung empfinden. Unsere Staatsverhältnisse sind in Ordnung, unsere Verfassungen gesichert, unsere Wirtschaften haben sich bedeutend gehoben, und wenn die Hoffnung nicht trügt, nähern wir uns unaufhaltsam einem von „allen guten Europäern“ erleuchteten Zustand eines auf wahrer Freundschaft beruhenden europäischen Friedens.

Die ganze Welt legt nunmehr Wert darauf, der deutschen Mitarbeit auf dem Wege zu diesem Ziele teilhaftig zu werden. In dies nicht ein Zeichen mehr und vielmehr das schöne Bekenntnis, daß jahrelange Dürsternis dem hellen Lichte zu weichen beginnt, und wenn auch noch zögernd und schwankend ein neues Europa im Werden ist? Es geht vorwärts auf allen Gebieten des Lebens in unseren beiden Staaten. Wer ist es, der dies bewirkt, dem die Ehre gebührt, diese gewaltige Änderung in der internationalen Stellung unserer Staaten vollbracht zu haben? Es ist das deutsche Volk, das in den Werkstätten und Laboratorien, in den Kontoren und auf den Acker Deutschlands und Österreichs mit Himmer und Meißel, mit Feder und Pinsel, die Geschichte seines Wiederaufstieges aus tieferer Not verzeichnet. Jeder Stamm des deutschen Volkes schreibt ein eigenes Kapitel dieser Geschichte. Der Rheinbund ist verstorben, aber die Sprache ist gleich, und gleich ist der Glaube an eine bessere, freie deutsche Zukunft. Auf diese Zukunft erhebe ich mein Glas. Ich trinke auf das Wohl Eurer Exzellenz und der Exzellenz des Herrn Reichsaussenministers, auf das Wohl Eurer Exzellenz des allverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg und auf das Wohl und auf das Gedeihen des Deutschen Reiches.

Fünftier Gedenktag der Abstimmung in Oberschlesien.

Vorbereitung nach Rücknahme der Entscheidung der Regierung.

28. März. (Drahtb.) In der mit Tannengrün und Flaggen reich geschmückten Stadt fand heute unter Beteiligung der Spitzen der Behörden aus der ganzen Provinz Oberschlesien und Tausenden von Einwohnern aus allen Schichten der Bevölkerung eine Gedenkfeier anlässlich der fünften Wiederkehr der Abstimmungstages in Oberschlesien statt. Als Vertreter der Reichsregierung waren erschienen Reichsminister Ramek und als Vertreter des Reichswehrministeriums Generalleutnant Kaiser. Die preussische Regierung entsandte Innenminister Severina und Ministerialdirektor Lohrer.

Um 11 Uhr vormittags begann in dem dichtgedrängten Stadttheateraal die Abstimmungsfest mit einem Vorspiel aus den „Meisterlernern“. Nach einem Prolog, worin die Treue der ober-schlesischen Heimat ausgedrückt wurde, hielt der ehemalige Abstimmungskommissar Landrat Urban

eine Gedenkrede. Er erklärte u. a.: 60 vom Hundert bekannten sich vor fünf Jahren für Deutschland. Vertrauensvoll wartete das Land auf die sanktionierende Entscheidung, doch ein grausamer Machspruch rief unsere

In dieser Ausgabe:

Westdeutsche Sport-Zeitung

oberösterreichische Heimat in Tschern. So wird die heutige Freude getrübt durch den Schmerz der Trennung von dem anderen Tische, das unsere Heimat war und ist. Beide Oberösterreich bluten aus tausend Wunden. Das oberösterreichische Volk ist sich darüber klar, daß es nur eine Rettung, eine Lösung für die hier sich jetzt in unerhörter Fülle häufen- den Übel gibt: die Wiedervereinigung beider Oberösterreich.

Er richte deshalb an die Reichs- und Staatsregierung die Bitte, keine passende Gelegenheit zu verpassen, um der Welt den oberösterreichischen Tatbestand wieder zu entlocken und auf eine gründliche Nachprüfung zu drängen. Er schloß mit einem Hoch auf das preussische und deutsche Vaterland.

Hierauf sprach

Reichsinnenminister Kühl.

Er dankte für die Einladung und Begrüßung, überbrachte die Wünsche der Regierung und vom Reichspräsidenten von Hindenburg die Versicherung, daß er mit besonderer Anteilnahme das Schicksal Oberösterreichs verfolge. Er sprach dann Oberösterreich in seinen Dank aus. Die Art, wie die oberösterreichische Bevölkerung ihre Leidenszeit getragen habe, wie sie sich in den Tagen der Abstinenz bewährt habe, sei ein gewaltiges geschichtliches Moment der deutschen Nation, ein einziges großes Bekenntnis zu dem Glauben an Deutschland und zu dem Gedanken, daß die Zukunft und das Leben Oberösterreichs nur bei Deutschland sein könne.

„Das Unrecht an Oberösterreich“, wie der britische Premierminister MacDonald die Zerreißung dieses Landes genannt hat, so fuhr Kühl fort, hat Tausende von deutschen Brüdern und Schwestern durch staatliche Grenzen von uns getrennt. Unsere Gedanken weilen in dieser Stunde auch bei ihnen. Die Geschichte läßt es auf die Dauer nicht ungeschehen, wenn man wirklich staatliche Grenzen durch zusammengehörige Volksgebiete zieht, aber durch die Grenzen der Menschen und der Völkergemeinschaften kann überhaupt keine Gewalt der Erde eine Grenze ziehen, und

so bleiben wir auch mit den Vätern von uns getrennten Deutschen in unauflöslicher Gemeinschaft.

Wir wollen gemeinsam als deutsche Schicksalsgemeinschaft weiter arbeiten und ringen, um gemeinschaftlich das zu überwinden, was die Fügung uns auferlegt hat. Die Treue der Oberösterreicher aber zum deutschen Vaterland möge dereinst ihren Lohn finden in einer glücklichen Zukunft.

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Reichsinnenministers drängte sich die Verabschiedung auf den Platz, der von einer nach Tausenden zählenden Menge umflutet war. Nach dem einleitenden Gesang durch den Männerchor: „Gruß an die Heimatstreuer“, erglitzte der

preussische Innenminister Severing

das Wort. Er führte u. a. aus: Am 21. März 1921 haben Sie mit dem Stimmzettel in der Hand Ihrem Willen Ausdruck bei Deutschland zu geben. Dafür danke ich Ihnen namens der Staatsregierung. Gewiß ist dieser siegreiche Kampf noch einmal später durch offene Gewalt in sein Gegenteil verkehrt worden, aber heute erkennt alle Welt die Entscheidung als Unrecht an, mindestens aber als Irrtum.

Ich hoffe und glaube, daß die Weltgeschichte diesen Irrtum einmal berichten wird. Wenn das recht bald geschehen soll, dann dürfen Sie, Männer und Frauen Oberösterreichs, den Kampf nicht als ausgetragenen betrachten.

Ich spreche hier nicht von Kampf mit Waffen und Gewalt, sondern von dem Kampf mit den Waffen des Geistes, in dem wir stehen müssen, wenn jeder auf seinem Posten steht. Sie hier in der Grenzmark haben die schwere Aufgabe für das ganze deutsche Volk zu erfüllen. Sie sind das Volkswort im Osten. Sie sollen darüber wachen, daß nicht ein Acker breit deutsche Boden verloren geht, daß deutsche Einte und deutsche Kultur unverletzt dem Deutschen erhalten bleibt. In diesem Kampf ist erforderlich, was von uns allen der hochverehrte Herr Galonder fälschlich hervorhob: Besonnenheit und Geduld. In dieser Erkenntnis werden Sie den Kampf siegreich führen. Diese Überzeugung soll das Ergebnis an das Deutschland, die deutsche Einheit, die deutsche Republik sein.

Beachtet man darauf die Menge das Deutschland. Zum Schluß der öffentlichen Kundgebung wurden von Schülern des Volkslieders vorgetragen.

Aufhebung des Staatsgerichtshofes.

Der Etat im Reichstag endgültig erledigt. — Die Steuermilderung beschlossen.

Dr. Berlin, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Aus der Reichstags-Sitzung, die bis 10 Uhr am Samstagabend sich hinzog, sind folgende Beschlüsse nachzutragen: Ein Antrag der Deutschnationalen auf Senkung der Hauszinssteuer um 6 Prozent der Friedensmiete wird in namentlicher Abstimmung mit 251 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Ein kommunistischer Antrag auf vollständige Aufhebung der Umsatzsteuer wird in namentlicher Abstimmung mit 140 gegen 33 Stimmen bei 176 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und Deutschnationalen abgelehnt.

Die Artikel über die Senkung der Umsatzsteuer auf 0,75 Proz. und über die Fusionsteuer werden in der Ausschussfassung angenommen.

Gegen 10 Uhr abends wurde die Steuermilderungsvorlage in der Schlussabstimmung in der Fassung des Ausschusses angenommen. Desgleichen wurde der

Gesamtetat in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalen bewilligt.

Präsident Böbe dankte den Abgeordneten für ihre konzentrierte Arbeit, die es ermöglicht habe, daß seit 1911 zum ersten Male

wieder der Reichstag den Etat innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist erledigt hat.

Der Beschluß des Haushaltsausschusses, den Witzern 20 Millionen Reichsmarkkredite zu gewähren, wird bestätigt. Es folgt die zweite Beratung des Weichentwurfes, durch den der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bittig aufgehoben wird.

Abg. Brodau (Dem.) tritt unter großem Lärm und vielen Schreien für die Beibehaltung des Staatsgerichtshofes ein. Der Weichentwurf wird in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Demokraten angenommen. Alle Strafsachen, für die bisher der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zuständig war, unterliegen demnach künftig der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte.

Angenommen wird auch das vom Rechtsausschuss beantragte Sperregebot, durch das Güterauflösungen ehemals regierender Fürstentümer bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Abfindungsfrage ruhen sollen.

Nach Annahme einer Reihe von Entschließungen verläßt sich das Haus auf Dienstag, den 27. April.

Gedenkfeste des Reichstages für Jochenbach.

B. Berlin, 28. März. (Drahtb.) Gestern nachmittags vereinigten sich die Mitglieder des Reichstages zu einer kurzen Gedenkfeste für den verstorbenen Reichstagsabg. J. Jochenbach. Reichstagsabg. Lütkeher widmete dem Dahingegangenen folgende Worte: „Mit tiefem Schmerz haben wir gestern die Kunde von dem Hinscheiden des früheren Reichstagsabg. Herrn Jochenbach vernommen. Wir betrauern nicht nur den Verlust eines friedliebenden Menschen, eines opferbereiten und pflichtbewussten Patrioten, eines hervorragenden Parlamentariers und politischen Führers, er war für uns noch mehr, ein selbstloser, gütlicher Freund, der uns stets mit seinem Rat und Ratgeber Rat und mutiger Tat zur Seite stand, so oft wir in schwerer Lage seiner Hilfe bedurften. Er selbst hat ja einst hier in diesem Hause gewirkt zu einer Zeit, als die Würde des Reichstages sicher nicht leichter brühte als heute. Er war der erste Reichstagsabg. der Deutschen Reiches, der mit den ehemaligen Kriegsgegnern zu persönlichen Verhandlungen kam. Das hat nicht zu dem von ihm beabsichtigten Ziele geführt, lag in der Natur der Verhältnisse. Die Zeit war damals für Verhandlungen unter dem Zeichen wirklicher Gleichberechtigung nicht reif. Seine ganze Kraft, sein reines und edles Wesen hat er eingesetzt für das deutsche Volk und das deutsche Vaterland. Damals, wie stets vorher und nachher, bis zu seinem Ende. Sein Andenken wird unvergessen bleiben.“

Im Anschluß an die Feier fand eine Kabinets-Sitzung statt, in der laufende Angelegenheiten erledigt wurden.

Reichsparteiausschuss des Zentrums.

Eine Entscheidung zur Parteienabstimmung.

B. Berlin, 28. März. (Drahtb.) Der Reichsparteiausschuss des Zentrums trat heute unter dem Vorsitz des Reichstagsabg. Dr. Marx im Reichstag zu einer Tagung zusammen, die aus allen Teilen des Reiches aufbesucht war. Vor Eintritt in die Verhandlungen widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Ehrenvorsitzenden der deutschen Zentrumspartei, Jochenbach, einen warmempfindlichen Nachruf. Minister Marx hielt dann ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über die politische Lage. Dann sprach der Generalsekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland, Dr. von der Aue, über die Frage der Parteienabstimmung. Reichstagsabg. Dr. Böttcher erläuterte die Einzelheiten des Kompromissentwurfs. An die Referate knüpfte sich eine sehr eingehende Aussprache, die sich bis in die späten Nachmittagsstunden hinzog. Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme folgender Entschlüsse:

Der Reichsparteiausschuss der deutschen Zentrumspartei stellt nach eingehender Verhandlung der Frage der Auseinandersetzung über die Parteienabstimmung einstimmig fest, daß die Reichsparteiausschüsse als zunächst berufene Instanz der Partei in dieser Frage den Weg anzeigen ist, der den Grundgedanken der Partei entspricht. Der Weichentwurf, der dem Volk begehrt, aufgrund geleistet worden ist, steht auf diesen Grundlagen in schroffem Widerspruch. Der Reichsparteiausschuss spricht daher der Fraktion sein volles Vertrauen aus. Er ist mit ihr darin einig, daß in dieser schwierigen Frage eine Lösung gefunden werden muß, die die allgemeine Verarmung des deutschen Volkes und die Pflicht aller Volksgenossen, in vollem Maße bereitwillig, aber auch den in der Verfassung der deutschen Republik anerkannten Schutz des Privateigentums und den christlichen Rechtsgrundsätzen Rechnung trägt. Der Reichsparteiausschuss ist überzeugt, daß die Fraktion mit allem Nachdruck dahin streben wird, eine beiden Notwendigkeiten entsprechende Lösung zum schleunigen Beschluß zu bringen.

Das Kabinett Bratianu zurückgetreten.

Bukarest, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat hat offiziell die Demission der Regierung beschlossen, die nach Auflösung des Kabinetts gestern Abend dem König überreicht wurde. In der Kammer ist das Gerücht verbreitet, daß der Chef der Nationalen Partei, Manu, vom König mit der Regierungsbildung betraut werden soll.

Der letzte Akt des Kabinetts Bratianu war die Unterzeichnung des neuen politischen-militärischen Bündnisvertrages durch den polnischen Botschafter, Wlodek und Außenminister Duce.

B. Bukarest, 28. März. (Drahtb.) In der königlichen Hofkapelle, in der die Auflösung des Parlamentes ausgerufen wird,

werden die Verdienste der Regierung und die Entwicklung des Landes entsprechend den natürlichen Fähigkeiten seiner Bevölkerung hervorgehoben und betont, daß die Neuwahlen durch das Wahlsystem gesichert sind. Nach Beilegung der königlichen Hofkapelle erklärte Bratianu: Wir halten es für richtig, uns zurückzuziehen, um allen zu zeigen, daß unser Werk, auch ohne daß wir in der Regierung sind, die Anerkennung aller verantwortungsbewußten Staatsbürger findet. Nach der Parlamentsauflösung wurden Senatspräsident Nicolae und Kammerpräsident Orleanu vom König zu einer Besprechung empfangen.

Frankreichs Finanzkrise.

Nur noch ein Wunder kann helfen.

Paris, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) In hiesigen politischen Kreisen, die als sehr maßgebend angesehen werden dürfen, beurteilt man die innerpolitische Lage immer ernster. Vor allen Dingen begreift man die Finanzkommission nicht, die aus rein parteipolitischen Erwägungen alle weiteren Entscheidungen auf Montag vertagt hat, wodurch wiederum kostbare Zeit verloren geht. Man hofft jetzt nur noch auf ein Wunder, das diesem Finanzchaos ein Ende bereitet. So schreibt das „Journal des Debats“ am Schluß seines politischen Leitartikels: Man hofft auf die Osterferien, auf die Möglichkeit, um irgendein Kompromiß zu finden, das man unter dem Druck der Ereignisse schließlich doch noch eine Mehrheit finden wird. Das ist möglich, aber keinesfalls sicher, und wenn es so wäre, dann fragen wir uns mit Befremden, was das für eine Zufalls-politik ist, und wohin sie führen mag.

Dr. Paris, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Senat hat heute mit 273:16 Stimmen das Wohnungsgesetz angenommen. Es handelt sich mindestens um das 20., das seit dem Kriege vom Parlament aufgegeben worden ist.

Zwei Kommunisten mehr in der Kammer

Dr. Paris, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Bei den heutigen Abgeordneten-Wahlprüfungen in die kommunistische Liste gewählt worden, und zwar erhielt Duclos

Rheinischer Provinziallandtag.

Sechste Sitzung (Schluß).

Abg. von Deiten (Christl. Vog.): Die Durchführung für die Weinsteuer sei zu schwierig; jede Flasche Wein müsse beim Verkauf siebenmal verbucht werden. Die Extraktzahl 1,6 müsse aus den Handelsverträgen verschwinden. Mit Krediten solle man den Witzern nicht kommen, das seien nur Schulden. Die Witzern- und Weinbauern habe sich über den Staatsanwaltschaft beklagt, der nach Bernkastel gekommen sei mit Monokel und Armband. Seine Partei habe nichts gegen Monokel und Armband; bei solchen Fällen wie Bernkastel sollte man doch anders handeln.

Abg. von Dorn (Zentr.): Der Weinbau ist ein doppelt schweres Geschäft. Er muß bis zum letzten Augenblick für seine Ernte sorgen. 1922 und 1923 seien schlechte Jahre gewesen; die Ernten 1924 und 1925 lägen unverkäuflich im Keller. Die Rot sei riesengroß. Das sei auch der Grund für die Bernkasteler Vorgänge, die verständlich, aber nicht zu billigen seien.

Abg. von Dorn (Zentr.): Die Abknotung müsse anhalten, solange die Wirtschaftskrise noch andauere, trotz Aufhebung der Steuern und Änderung der Handelsverträge nach dem Wunsch der Witzern.

Der Ausschussantrag wird angenommen. Die kommunistische Entschließung abgelehnt. Eine Reihe weiterer Vorlagen (Verbrauch für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft usw.) wird genehmigt.

Es werden dann verschiedene Kommissionen gewählt. Zum

Wasserbeirat

werden gewählt als Mitglieder Dr. Adenauer (Köln), Dr. Jarres (Düsseldorf), Knab (Köln), Schluchmann (Düsseldorf), Bessenich (Berg- Gladbach), Caspers (Rheinbach).

Wanderung des Provinzialwappens.

Die Frage der Änderung des Provinzialwappens ist im Provinziallandtag bereits bei früherer Gelegenheit in der letzten Periode erörtert worden. Die heutige Aussprache brachte nichts Neues. Kommunisten und Arbeitsgemeinschaft lehnen die Änderung ab. Die Vorlage wird mit Mehrheit gegen die Arbeitsgemeinschaft und einige Wirtschaftsparteien angenommen; die Kommunisten enthielten sich der Stimme.

Ein Antrag der SPD. auf Entsendung von 150.000 Mark für Kinderpeinigung wird abgelehnt. Das Haus ist unterdessen schon sehr leer geworden, denn viele Abgeordnete sind bereits abgereist.

Beschlußfähigkeit.

Noch zwei Punkte der Tagesordnung sind zu erledigen. Da beweisen die Kommunisten die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es sind nur etwa 70 Abgeordnete anwesend.

Präsident Jarres: Auf Grund des § 42 der Geschäftsordnung muß ich angesichts der Nichtanwesenheit von mehr als der Hälfte der Abgeordneten (§ 82. Die Red.) die Sitzung schließen und Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung bekanntgeben. Ich sehe die nächste Sitzung auf 8,30 Uhr an mit derselben Tagesordnung.

Hierauf tritt der Ältestenrat zusammen.

7. Sitzung.

Präsident Dr. Jarres eröffnet die neue Sitzung 8,40 Uhr. Der Ältestenrat hat festgestellt, daß die einzelnen Haushaltspläne bereits unter Punkt 1 angenommen sind. Bei Punkt 2 wurde von Berichterstatter Abg. Dagen die Gesamtsumme vom Haus aus gesprochen. Da das hohe Haus sich nicht ert, liegt auch hier kein Irrtum vor. Anträge liegen nicht vor. Ich stelle fest, daß die Haushaltspläne im einzelnen angenommen sind, so daß § 13 der Geschäftsordnung erfüllt ist.

Zum Schluß kommt noch ein kommunistischer Antrag zur Verhandlung, 10.000 Mark für die Opfer der Oberhaufener Grubenkatastrophe zu

6247 und Journier 63130 Stimmen. Auf der nationalen Liste erhielt Reynaud 61703, de Kerillis 61533 Stimmen. Auf der Disidentenparteilichen Liste erhielt Dumont 7137 und de la Tour 6993 Stimmen.

Herzog Philipp von Orléans gestorben.

B. Palermo, 28. März. (Drahtb.) Herzog Philipp von Orléans, der Chef des französischen Hauses Bourbon, ist Sonntag nachmittag an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Herzog Ludwig Philipp Robert wurde am 6. Februar 1890 in Twickenham (England) geboren als Sohn des 1894 gestorbenen Grafen von Paris, eines Onkels des Königs Ludwig Philipp von Frankreich, dessen Thronanwärter von der Linie des Grafen von Paris übernommen wurden. Für die französischen Royalisten war der Herzog von Orléans als Philipp V. der legitime Monarch, dessen Interessen die Anhänger der „Action française“ und die Camelots du Roy in den letzten Jahren mit besonderem Eifer vertraten. Herzog Philipp, der seit 1896 mit der österreichischen Gräfin Maria Theresia in kinderloser Ehe verheiratet war, lebte meist in England und hat sich auch durch Forschungsreisen in der Welt der Wissenschaft einen Namen gemacht.

Eine Nachwahl in England.

Der Arbeiterpartei schlägt den Konservativen.

London, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiterpartei errang in der gestrigen Nachwahl in dem Wahlbezirk Northwell einen großen Wahlsieg. Von 14.830 Stimmen blieben von 14.591 auf 8740 Stimmen fielen, und ein liberaler Kandidat nur 1270 Stimmen erhielt. Die Wahl drehte sich in der Hauptsache um den Bericht der Kohlenkommission, und die Entscheidung wurde von der Befürchtung der Kohlenarbeiter bestimmt, der Bericht könne eine ernste Erhebung ihrer Löhne bedeuten. Der Ausgang der Wahl kann eine friedliche Lösung der Kohlenkrise leicht erschweren. Die Wahlbeteiligung betrug 75 Proz.

genehmigen, die durch den Betriebsrat verteilt werden sollen.

Abg. Dr. Pattberg (N.-O.) wendete die Angriffe der Kommunisten gegen den Bericht ab. Die Ursache des Unglücks in Oberhausen sei noch nicht festgestellt.

Landeshauptmann Dr. Döring: Der Provinzialausschuss ist der Ansicht, daß den Opfern mit Wort und Tat geholfen werden müsse. Der Bericht ist nicht fertig, von welchen Seiten Hilfe wird ist eine Entscheidung nicht möglich.

Der Antrag wird dem Provinzialausschuss überwiesen.

Präsident Dr. Jarres: Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich habe nur noch dem Herrn Oberpräsidenten mitzuteilen, daß das Haus seine Arbeit beendet hat.

Schlußrede des Oberpräsidenten.

Hierauf erglitzte

Oberpräsident Dr. Jarres

das Wort:

Meine Damen und Herren! Ich will die diesjährige Tagung des Provinziallandtags nicht schließen, ohne auch meinerseits derer zu danken zu haben, die in ihrem schweren, gekochten Beruf Leben oder Gesundheit verloren haben. Mit warmer Anteilnahme gedenke ich der Hinterbliebenen der Todesopfer, deren Zahl sich leider noch vermehrt hat, und aufrichtig wünsche ich den Verletzten baldige Genesung.

Die rechtzeitige Feststellung des Haushaltsplanes, den Sie in erster und anstrengendster Arbeit während der abgelaufenen Tagung bewältigen haben, begrüße ich mit lebhaftem Genugtuung. Dem Provinziallandtag lag es schwerer Aufgabe ob, mit beschränktem Mitteln innerhalb der engen, durch die finanzielle Leistungsfähigkeit gezogenen Grenzen, den wichtigen Aufgaben gerecht zu werden, die der Provinzialverband in sozialer, in kultureller und in wirtschaftlicher Hinsicht obliegen. Die Tagung hat gezeigt, daß die Provinz richtig erkannt hat, daß wir allmählich wieder überall in geordneten Verhältnissen zurückkehren müssen. Dieser Forderung haben Sie in weiser Zurückhaltung Rechnung zu tragen gesucht, unter verständnisvoller Wahrung der Ihnen anvertrauten Belange, ohne daß in der Entwicklung der provinziellen Selbstverwaltung Stillstand zu befürchten ist, der Rückschritt bedeuten würde.

Wenn Sie berücksichtigen, daß bei den heutigen Verhältnissen nicht alles, was erstrebenswert erscheint, erreicht werden kann, so glaube ich, daß Sie mit voller Befriedigung auf Ihre Tagung zurückblicken können.

Ich darf diese Feststellung nicht treffen, ohne der gründlichen und schnellen Vorarbeiten Erwähnung zu tun, die der Provinzialausschuss und der Herr Landeshauptmann mit seinen Mitarbeitern geleistet haben. Insbesondere möchte ich auch meinerseits die anerkennenden Worte unterstreichen, die die Geschäftsführung des Herrn Landeshauptmanns in diesem hohen Hause gefunden hat, und ich gebe heute, am 50. Geburtstag des Herrn Landeshauptmanns namens der Staatsregierung dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck, daß es dem Herrn Landeshauptmann noch lange Jahre vergönnt sein möge, an dieser Stelle zum Segen der Provinz zu wirken.

In den Verhandlungen, bei deren Abschluß wir stehen, hat sich nicht nur widerspiegelt die schwere Not unserer Zeit, sondern auch der Wille zum Aufsteig, die unverfälschte Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Daß diese Hoffnung sich in weitgehendem Maße erfüllen möge, daß das vor uns liegende Jahr, das die Obergaden einläuten, unsere geliebte rheinische Heimat und unser geliebtes deutsches Vaterland weiter einwärts führen möge auf dem harten steilen Weg den wir zu gehen haben, das ist mein Wunsch mit dem ich namens der Staatsregierung den 71. Rheinischen Provinziallandtag für geschlossen erkläre.

Der Entscheidung entgegen.

100

5287